

Ein Haushaltsplan, egal ob nach kaufmännischen oder kameralistischen Prinzipien aufgestellt, soll zeigen, wohin die kommunalpolitische Reise geht. Dabei spielen nicht nur Projekte und Maßnahmen eine Rolle, sondern vor allem die Prioritäten. Wohin fließt das meiste Geld, was wird favorisiert? Daran scheiden sich oftmals die Geister. Symbolhaft verdeutlicht das die Berichterstattung in der Tagespresse. Dort wurde kürzlich über die Pflanzung von 1000 Bäumen berichtet, verbunden mit dem Hinweis des Bürgermeisters, bis 2030 eine klimaneutrale Stadt schaffen zu wollen. Daneben fand sich ein kurzer, aber deutlicher Leserbrief zur ärztlichen Notfallversorgung in Künzelsau, die keine mehr ist. Stichwort: „Ab 14 Uhr geschlossen“. Der Schlußsatz lautet: Das ist die Situation in einer Kreisstadt. Man bekommt Angst vor der Zukunft.“ Damit spricht die Verfasserin sicherlich vielen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt aus der Seele. Denn das Drama um das Krankenhaus und dessen Schließung will kein Ende nehmen. Der ursprüngliche Beschluß, zwei Häuser mit entsprechender Aufgabenteilung anzubieten, wurde schnell verworfen. Das Versprechen, Künzelsau zugunsten von Öhringen zu schließen, dafür aber als Ersatz zeitgleich ein Gesundheitszentrum mit Notfallversorgung rund um die Uhr zu etablieren, wurde gebrochen. Wer die Verlautbarungen aus dem Kreistag aufmerksam verfolgt, braucht kein Prophet zu sein, um festzustellen, daß weiter abgespeckt werden soll, noch bevor überhaupt etwas Konkretes vorhanden ist. Einziger Fakt: Künzelsau hat auf der ganzen Linie verloren!

Um diesem Szenario zu begegnen, haben wir rechtzeitig vorgeschlagen, die Stadt müsse selbst aktiv werden, um eine angemessene Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Aber leider fanden unsere diversen Vorschläge hier im Gremium kein Gehör. Andere Projekte und Vorhaben waren offenbar wichtiger. Damit wären wir wieder beim eingangs erwähnten Beispiel. Was hat Priorität: Die Klimaneutralität oder das Gesundheitswesen? Zugegebener Maßen eine schwierige Frage, die auch in der Öffentlichkeit höchst unterschiedlich diskutiert wird. Die meisten würden antworten, man könne ja das eine tun, ohne das andere zu lassen. Aber genau das ist problematisch, insbesondere vor dem

Hintergrund einer sich abschwächenden Konjunktur und damit verbundenen Steuerrückgängen. Das Geld kann eben nur einmal ausgegeben werden. Aufgabe des Gemeinderats ist, bei der Etatplanung Schwerpunkte zu setzen.

Bekanntermaßen haben wir so mancher Entscheidung widersprochen und oftmals andere Vorschläge unterbreitet, so beispielsweise zum Hochwasserschutz oder zur Gewerbeansiedlung. Verschuldung und Personalkosten kritisieren wir ebenfalls, ohne bei entsprechenden Beschlüssen Unterstützung zu bekommen. Auf unsere Frage an die Verwaltung, wie der ständige Anstieg in diesen Bereichen gebremst werden könne, haben wir keine zufriedenstellende Antwort erhalten. Weitere Ausführungen zu unseren Zielen erspare ich den Zuhörern, weil ich darauf bereits in der Stellungnahme zum Haushalt 2019 Anfang dieses Jahres eingegangen bin (Nachzulesen unter [www. Unabhängige Bürger Künzelsau.de](http://www.unaehaengige-buerger-kuenzelsau.de)).

Trotz der deutlichen Unterschiede zwischen unserer kommunalpolitischen Richtung und der Mehrheitsmeinung finden dennoch viele Projekte und Maßnahmen unsere Zustimmung. In Abwägung dessen kommen wir zu dem Ergebnis, den Haushaltsplan 2020 mitzutragen. Anders verhält es sich mit den Wirtschaftsplänen der KÜN-Werke. Dort steigen die Schulden kontinuierlich weiter, beispielsweise durch die neu aufgenommene Sparte Wohnbau. Dabei sind Verluste vorprogrammiert. Sozialen Wohnbau kostenneutral zu gestalten, käme der Quadratur des Kreises gleich. Den Etat der Werke lehnen wir aus diesem und anderen Gründen ab und bitten um getrennte Abstimmung.